



RUSSLANDS AUSSENPOLITIK

- **ANALYSE**
Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA.
Sabine Fischer, Berlin 2
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Belarus, Ukraine und die USA in der russischen öffentlichen Meinung 5
- **KOMMENTAR**
Russische Einflussnahme bei den ukrainischen Präsidentenwahlen.
Christoph Saurenbach 12
- **UMFRAGE**
Russland und die Welt: Wechselseitige Wahrnehmungen 13
- **CHRONIK**
Vom 19. bis zum 25. November 2004 15

Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA

Sabine Fischer, Berlin

Zusammenfassung

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in Belarus, der Ukraine und den USA hat einige interessante Schlaglichter auf die Beziehungen Russlands zu diesen Ländern geworfen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion versucht die russische Politik mit unterschiedlichen Strategien, ihren Einfluss auszubauen, ohne dabei jedoch eine ökonomisch kostspielige politische Integration zu forcieren. Gegenüber den USA hat Russland seine Position als regionale Macht akzeptiert und ist bereit, politische Zugeständnisse zu machen. Insgesamt ist die russische Außenpolitik durch die Zentralisierung der Entscheidungsprozesse kalkulierbarer geworden – demokratischer jedoch nicht.

Parlamentswahlen und Referendum in Belarus – Dilemmata der russischen Politik

Im Oktober und November haben in der Ukraine, in Belarus und den USA Wahlen stattgefunden. Diese Ereignisse fanden auch in der russischen Politik ihr Echo und bieten einen willkommenen Anlass, einen Blick auf die Beziehungen Russlands zu den betreffenden Staaten zu werfen.

Am 16. Oktober ließ sich der weißrussische Präsident Lukaschenko gleichzeitig mit von der OSZE harsch kritisierten Parlamentswahlen in einem Referendum „bestätigen“, dass er im kommenden Jahr entgegen Verfassungsbestimmung wieder um das Amt des Präsidenten kandidieren kann. Während die Zentrale Wahlkommission in Minsk mitteilte, 86% der an der Wahl beteiligten Bürger oder 77,3 % aller Wahlberechtigten hätten Lukaschenkos Anliegen zugestimmt, gingen renommierte russische und westliche Meinungsforschungsinstitute davon aus, dass die Zustimmung im Referendum unter 50% gelegen habe.

Die russische Regierung kritisierte diese Zweifel am Ausgang des Referendums. Offizielle Stellen ließen verlauten, die Abstimmung sei regelgerecht – ohne gravierende Verstöße gegen demokratische Spielregeln – durchgeführt worden. Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die für Russland eine Verfassungsänderung nach belarussischem Muster forderten, um so in vier Jahren die Wiederwahl Präsident Putins zu ermöglichen. All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sich auch nach der Wiederwahl Präsident Putins im März 2004 nicht dem in den 90er Jahren festgelegten Ziel einer russisch-belarussischen Union angenähert haben.

Generell ist die Bereitschaft post-sozialistischer und vor allem post-sowjetischer Staaten, Souveränität an supranationale Institutionen abzugeben, gering. Dies spiegelt sich auch in der Leblosigkeit der meisten zwischenstaatlichen Organisationen wider, die in dieser

Region nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Im Verhältnis zwischen Russland und Belarus gibt es darüber hinaus jedoch auch spezifische Faktoren, die eine Vertiefung der Integration verhindern.

Während der Jelzin-Ära hatte der Plan einer russisch-belarussischen Union einen rein deklaratorischen Charakter. Er diente der Exekutive, um nationalistische Kräfte in Russland einzubinden, und war zugleich ein Signal, um – angesichts der NATO-Osterweiterung – den russischen Anspruch auf die Position einer Großmacht aufrechtzuerhalten. Den Worten folgten jedoch kaum Taten.

Unter Wladimir Putin werden die Beziehungen zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zwar noch immer am machtpolitischen Prestigezugewinn gemessen. Gleichzeitig sind aber ökonomische Erwägungen wesentlich stärker geworden. Die Subventionierung des Energiehandels mit Belarus z.B., die marode, noch kaum reformierte belarussische Wirtschaft und die Isolation des Landes in Europa und der Welt sind Faktoren, die die Bilanz der russisch-belarussischen Beziehungen aus russischer Perspektive wesentlich verschlechtern. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Konflikt zwischen der belarussischen Regierung und dem russischen Gasmonopolisten Gazprom, der seinen Höhepunkt am 19. Februar dieses Jahres in einem vorübergehenden Stop der Gaslieferungen fand. Die russische Seite hegt auch Bedenken, Präsident Lukaschenko könnte eine größere Rolle in der russischen Innenpolitik anstreben, sollten die beiden Staaten sich weiter integrieren. Angesichts der politischen Unkalkulierbarkeit des belarussischen Staatschefs ist die russische Zurückhaltung auch hier groß.

Präsident Lukaschenko wiederum tritt regelmäßig mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, in denen er den russischen Partner des Versuchs bezichtigt, die geplante Union als hegemoniales Projekt zu betrachten und statt eines gleichberechtigten Staatenbundes die Eingliederung Belarus in den russischen Staat zu betreiben. Dies betrifft aus seiner Sicht sowohl wirtschaftliche

als auch finanzpolitische Fragen oder die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft für russische und belarussische Bürger. Darüber hinaus wird in Minsk mit Argwohn registriert, dass trotz der zunehmenden autoritären Elemente im russischen politischen System die belarussische Opposition Unterstützung durch russische Liberale erfährt. Im monolithischen politischen System Weißrusslands wird der beschränkte russische Pluralismus offensichtlich als Gefahr wahrgenommen.

Entsprechend uneindeutig ist die russische Politik gegenüber Belarus. Dies schlug sich auch in der vergleichsweise großen Zurückhaltung Präsident Putins im Vorfeld des Referendums und der Parlamentswahlen nieder, die sich von seiner Politik in Bezug auf die amerikanischen und ukrainischen Wahlen deutlich unterschied.

Präsidentenwahlen in der Ukraine – Russlands post-imperiales Syndrom?

Am 31. Oktober fand die erste Runde der ukrainischen Präsidentenwahlen statt. Dieser Wahlgang galt sowohl in der Ukraine selbst als auch im Ausland als Richtungsentscheidung zwischen einem auf Balance zwischen Russland und dem Westen ausgerichteten (Janukowitsch) und einem die Integration in die westliche Staatengemeinschaft favorisierenden (Juschtschenko) außenpolitischen Kurs.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine durchliefen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine wechselhafte Entwicklung. In den 1990er Jahren waren sie von Konflikten im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Bereich gekennzeichnet. Auf beiden Seiten fehlten Strategien und Konzepte. Ein wesentlicher Streitpunkt, die Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte und die Behandlung der Halbinsel Krim – beides eng verknüpft ist mit der Anerkennung der ukrainischen Grenzen und Souveränität durch Russland – konnte erst 1997 vorläufig beigelegt werden. Andere Konflikte wie z.B. der Status der in der Ukraine lebenden Russen, die ukrainische Energieabhängigkeit von Russland u.v.a.m., sind bis heute ungelöst.

Dennoch zeichnet sich seit dem Amtsantritt von Vladimir Putin 2000 eine Veränderung im ukrainisch-russischen Verhältnis ab. Die politischen Beziehungen gewannen spürbar an Dynamik, der Handel zwischen beiden Staaten und die Investitionen vor allem russischer Energieunternehmen in der Ukraine nahmen zu. Im Frühjahr diesen Jahres wurde sowohl in Moskau als auch in Kiew ein Abkommen über einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum ratifiziert. Auch wenn solche politische Initiativen, noch kaum substanziellen Folgen zeitigen, sind sie doch Ausdruck einer veränderten

Beziehungsdynamik. Dies hat mehrere, miteinander verschränkte Gründe.

Die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik führt dazu, dass angesichts der Zahlungsrückstände im Energiehandel sowie der Verluste, die beim Transport von russischem Gas und Öl durch ukrainische Pipelines entstanden, die russische Haltung gegenüber der Ukraine restriktiver wurde, und russische Energieunternehmen nach alternativen Transportrouten nach Westen zu suchen begannen. Gleichzeitig bemühte sich die russische Seite jedoch auch zumindest teilweise um die Beilegung politischer Konflikte, um Hindernisse für die wirtschaftliche Kooperation auf Unternehmensebene abzubauen. Die „neue“ russische Außenpolitik zielte darüber hinaus auf die Institutionalisierung der Kooperation vor allem mit der EU als wichtigster Handelspartnerin wie auch mit internationalen Wirtschaftsorganisationen, allen voran der WTO.

Zusammen mit den Erweiterungsprozessen von EU und NATO veränderte die russische Politik so das internationale Umfeld der Ukraine. Das Land hat auf absehbare Zeit kaum Aussichten, in die eine oder andere Organisation aufgenommen zu werden. Die Beziehungen vor allem zur EU haben sich angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen und politischen Transformation deutlich abgekühlt. Eine stärkere Orientierung nach Russland scheint in dieser Situation fast zwangsläufig. Gleichzeitig hat die Attraktivität Russlands zugenommen. Moskau stellt im Gegensatz zur EU keine unbequeme Forderungen nach demokratischen Reformen. Wirtschaftliches Wachstum im vierten Jahr in Folge machen das Land darüber hinaus zu einem interessanten Wirtschaftspartner, der noch dazu im Energiehandel Vergünstigungen gewähren kann. Die wachsende Institutionalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und der EU sowie die Fortschritte Russlands hinsichtlich des WTO-Beitritts lassen eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen nicht gegen, sondern über Russland möglich erscheinen. Dies wird durch die russische Kooperation mit den USA im Rahmen der Allianz gegen den Terror weiter unterstrichen.

Diese Faktoren führten in den vergangenen vier Jahren zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen den beiden Staaten und ihren Oberhäuptern, die freilich immer wieder von Rückschlägen unterbrochen wurde – so z.B. von der Auseinandersetzung um die Meerenge von Kertsch im Herbst 2003. Von einem demokratische und marktwirtschaftliche Reformen planenden und wesentlich stärker nach Westen ausgerichteten Präsidenten müsste die russische Führung Veränderungen des ukrainischen außenpolitischen Kurses erwarten müssen. Aus dieser Befürchtung er-

klärt sich die ungewöhnlich offene Unterstützung des amtierenden Premierministers durch russische Akteure (vgl. dazu auch den Kommentar Seite 12). Gleichwohl ist – auch angesichts der Zuspitzung der Situation nach dem zweiten Wahlgang – nicht zu erwarten, dass die russische Führung über die bisherigen Maßnahmen hinausgeht. Der russische Botschafter in der Ukraine, Viktor Tschernomyrdin, hat in den vergangenen Wochen betont, Russland werde auch mit einem anderen ukrainischen Präsidenten als Janukowitsch zusammenarbeiten. Schließlich wird es – selbst wenn Juschtschenko sich in der Auseinandersetzung über den Ausgang der Wahlen durchsetzen sollte – in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten nur zu graduellen Veränderungen kommen. Die Ukraine wird sich kaum aus der Abhängigkeit von Russland lösen.

Die Wahlen in den USA – Russlands Selbstfindung als regionale Großmacht

Anfang November fanden in den USA die mit großer Spannung erwarteten Präsidentschaftswahlen statt. Auch hier zögerten Vertreter der russischen Exekutive und Legislative nicht, ihre Präferenz für den Amtsinhaber George W. Bush deutlich zu machen. Dies ist insofern verwunderlich, als es den USA in den vergangenen Jahren gelungen ist, weiter in die Regionen vorzudringen, die in der russischen politischen Elite mehrheitlich als eigene geostrategische Einflussphäre definiert werden.

Die Beziehungen zwischen Russland und den USA haben seit 1999/2000 eine weite Strecke zurückgelegt. War das wechselseitige Verhältnis zum Zeitpunkt des Amtsantritts der beiden neu gewählten Präsidenten im Jahre 2000 infolge des Kosovo-Krieges 1999 noch von kühler Distanz bestimmt, so bewegten sich die beiden Staaten in den darauffolgenden 18 Monaten wieder aufeinander zu. Die Ereignisse des 9. September 2001 wirkten wie ein Katalysator auf diese Entwicklung, als Präsident Putin Russland ohne Zögern in die von den USA geführte Allianz gegen den Terror einreichte. In den folgenden Monaten tolerierte oder unterstützte die russische Führung den Krieg in Afghanistan, die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, den Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der NATO und den baltischen Staaten. Ihre Grenzen erreichte diese Politik vorübergehend im Frühjahr 2003, als amerikanische und britische Truppen im Irak einmarschierten. Doch führte der russische Protest nicht zu anhaltenden Verstimmungen im Verhältnis zu den USA.

Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen verbindet die beiden Präsidenten ein gutes

persönliches Verhältnis. Es ist davon auszugehen, dass ihre jeweiligen Weltansichten eine vergleichsweise große Schnittmenge aufweisen, z.B. hinsichtlich der Skepsis internationalen Organisationen gegenüber. Auch wenn konkrete Konflikte wie z.B. im Nahen Osten, im Irak oder im Südkaukasus unterschiedlich interpretiert werden, so bleiben doch die zugrundeliegenden Überzeugungen für die jeweils andere Seite nachvollziehbar. Dies könnte sich ändern, stünde Putin einem demokratischen amerikanischen Präsidenten mit einem vergleichsweise liberalen außenpolitischen Kurs gegenüber. Zum anderen insistiert die Bush-Administration mit Blick auf die innenpolitischen Entwicklungen in Russland nicht allzu entschlossen auf die Durchsetzung und Einhaltung demokratischer Normen. Für den Fall eines Wahlsiegs des demokratischen Präsidentschaftskandidaten befürchteten Beobachter in Russland eine kritischere Haltung sowohl gegenüber der russischen Tschetschenienpolitik als auch hinsichtlich der Zentralisierungstendenzen im russischen politischen System.

Ein weiterer Grund für die offene Unterstützung des amtierenden Präsidenten kann in den innenpolitischen Machtkonstellationen in Russland selbst gesehen werden: die oppositionellen Kreise, die noch bis Ende 2003 z.B. in der Duma Kritik an Putins „Westkurs“ geübt hatten, sind seit den Wahlen im Dezember bzw. März weitgehend marginalisiert. Die Präsidentenpartei „Einheit Russlands“ verfügt in der Duma über eine Zweidrittelmehrheit, die nationalistischen Oppositionsparteien sind kooptiert, die Liberalen nicht mehr im Parlament vertreten. Dies eröffnet dem Präsidenten die Möglichkeit, seinen außenpolitischen Kurs ohne nennenswerten Widerstand zu verfolgen.

Fazit

Die russische Politik mit Blick auf die Wahlen bzw. die Volksabstimmung in Belarus und der Ukraine wirft ein Schlaglicht auf die russische GUS-Politik insgesamt. Sie entpuppt sich als komplexes Geflecht von Aktivitäten auf unterschiedlichen (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen) Ebenen, die darauf zielen, die russische Position in der Region zu wahren. Dabei wird vor allem an den russisch-belarussischen Beziehungen deutlich, dass die russische Führung nicht die unbedingte Reintegration des post-sowjetischen Raums anstrebt. Gleichzeitig zeigen die politischen Manöver im ukrainischen Wahlkampf, wie weit die russische Politik zu gehen bereit ist, um ihre Interessen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu wahren.

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in den USA erlauben es, zwei Schlüsse zu den russisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt zu

formulieren: Die Politik symbolischer Proteste der 90er Jahre ist nach dem Amtsantritt Putins nicht fortgesetzt worden. Die russische Exekutive hat den Machtverlust in den internationalen Beziehungen – vor allem im Verhältnis zu den USA – faktisch und pragmatisch anerkannt. Die russische Führung definiert Russland als Macht auf regionaler Ebene und ist selbst hier zu Zugeständnissen bereit. Darüber hinaus lässt sich eine Prioritätenverschiebung hin zu ökonomischer Entwick-

lung und Integration in die Weltwirtschaft beobachten. Die Schaffung von Machtvertikalen im Innern und die faktische Ausschaltung der Opposition machen die russische Außenpolitik darüber hinaus in einem Maße kalkulierbar, wie sie es seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gewesen ist.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Dr. Sabine Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin.

Lesetipps

Fischer, Sabine: Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Untersuchung, Frankfurt am Main/New York 2003.

Moshes, Arkady: Russian-Ukrainian Rapprochement of 2001: How Viable?, in: Security Dialogue, 33.2002, Nr.2, S. 157–170

Polyakov, Leonid: Current Russian-Ukrainian Rapprochement: Forward or Backward? A Rejoinder, in: Security Dialogue, 33.2002, Nr.2, S. 171–176

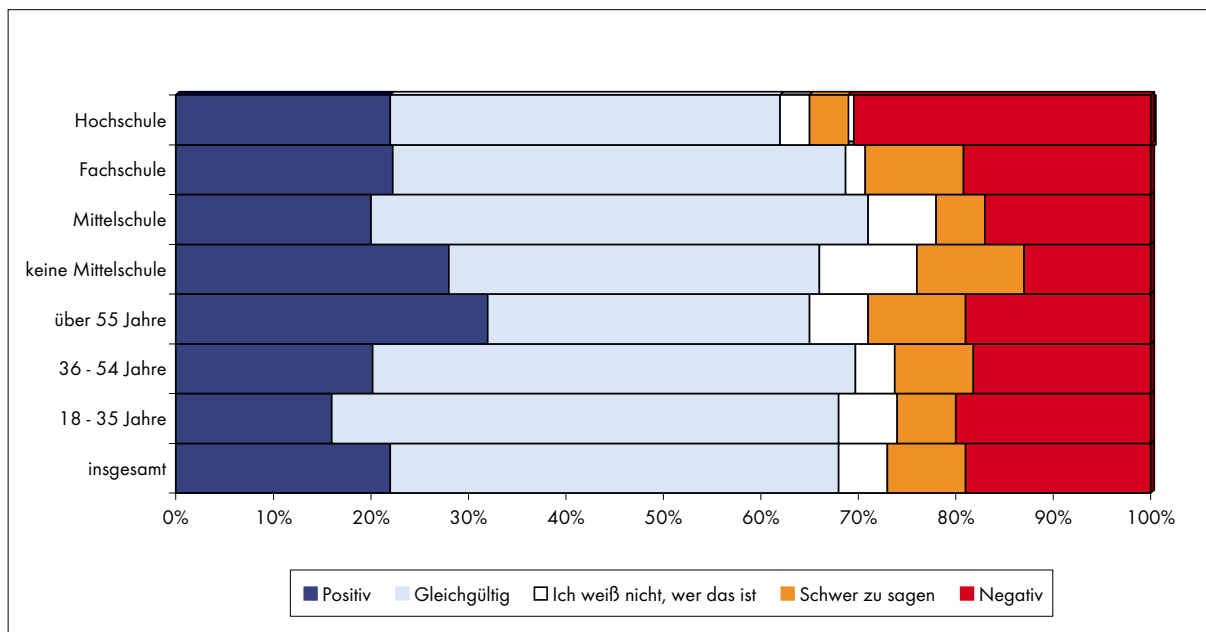
H. Timmermann: Zuspitzungen der Konflikte in den Beziehungen Belarus-Rußland. Unsichere Perspektiven für die Bildung eines Unionsstaats, Berlin: SWP Januar 2003 (= SWP Aktuell No. 1).

Tabellen und Grafiken zum Text

Belarus, Ukraine und die USA in der russischen öffentlichen Meinung

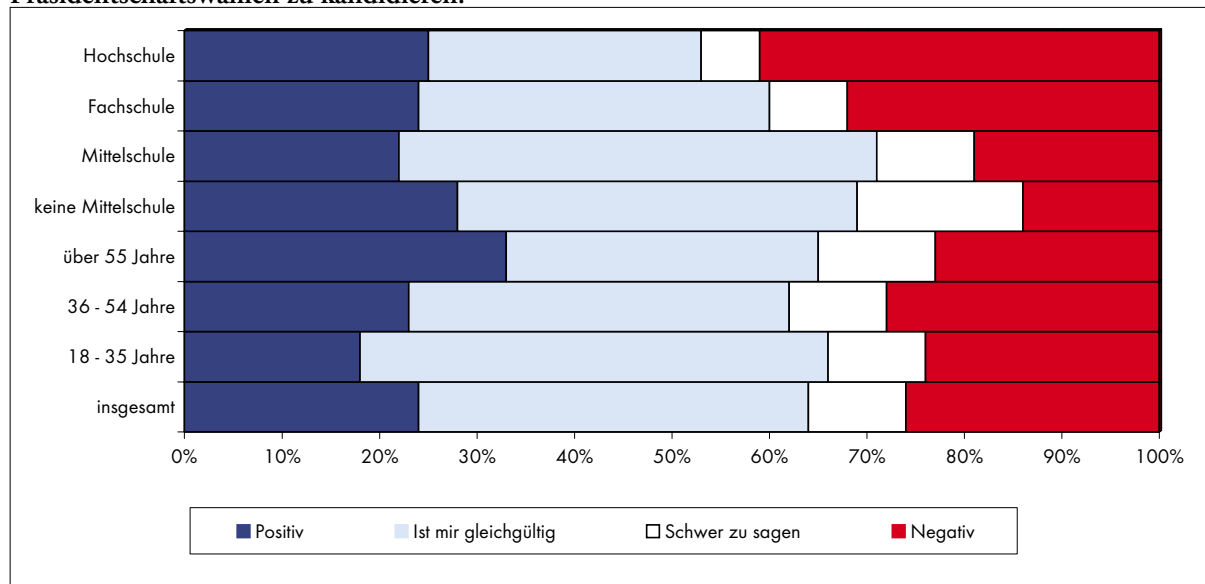
Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) im Oktober und November 2004

Wie stehen Sie zu Lukaschenko – positiv, negativ oder gleichgültig?



Das Referendum in Belarus

Wie stehen Sie dazu, dass Lukaschenko das Recht eingeräumt wurde, zum dritten Mal bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren?



	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	37%	29%	16%	33%	38%	12%
Wie stehen Sie zu Lukaschenko – positiv, negativ oder gleichgültig?								
Ich weiß nicht, wer das ist	5%	6%	4%	6%	10%	7%	2%	3%
Positiv	22%	16%	20%	32%	28%	20%	22%	22%
Gleichgültig	46%	52%	49%	33%	38%	51%	46%	40%
Negativ	19%	20%	18%	19%	13%	17%	19%	31%
Schwer zu sagen	8%	6%	8%	10%	11%	5%	10%	4%

Wissen Sie, dass am 17. Oktober in Belorussland ein Referendum darüber durchgeführt wurde, ob Lukaschenko das Recht erhalten solle, zum dritten Male an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen?

	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Weiß ich	44%	34%	48%	51%	40%	35%	48%	62%
Habe davon gehört	32%	34%	32%	29%	31%	33%	33%	25%
Höre davon zum ersten Mal	19%	27%	17%	14%	18%	29%	15%	10%
Schwer zu sagen	5%	4%	4%	7%	11%	3%	4%	2%

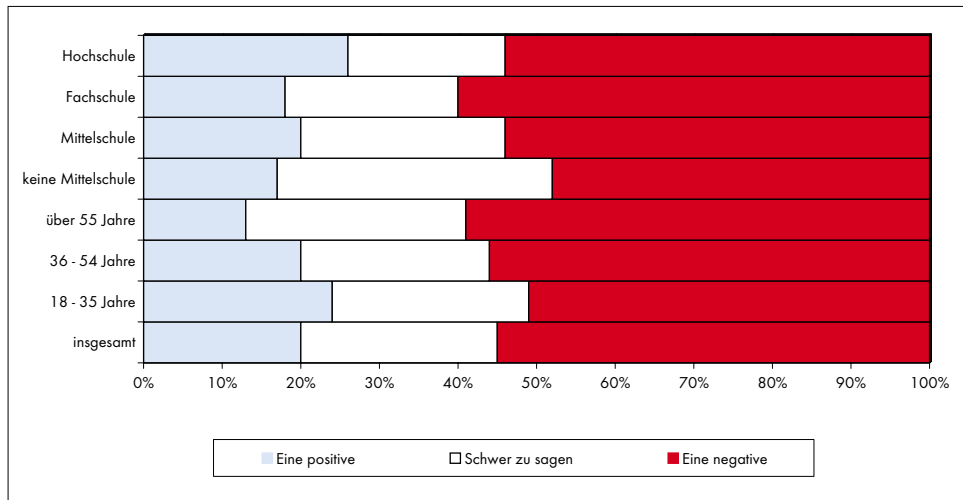
Wie stehen Sie dazu, dass Lukaschenko das Recht eingeräumt wurde, zum dritten Mal bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren?

	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Positiv	24%	18%	23%	33%	28%	22%	24%	25%
Ist mir gleichgültig	40%	48%	39%	32%	41%	49%	36%	28%
Negativ	26%	24%	28%	23%	14%	19%	32%	41%
Schwer zu sagen	10%	10%	10%	12%	17%	10%	8%	6%

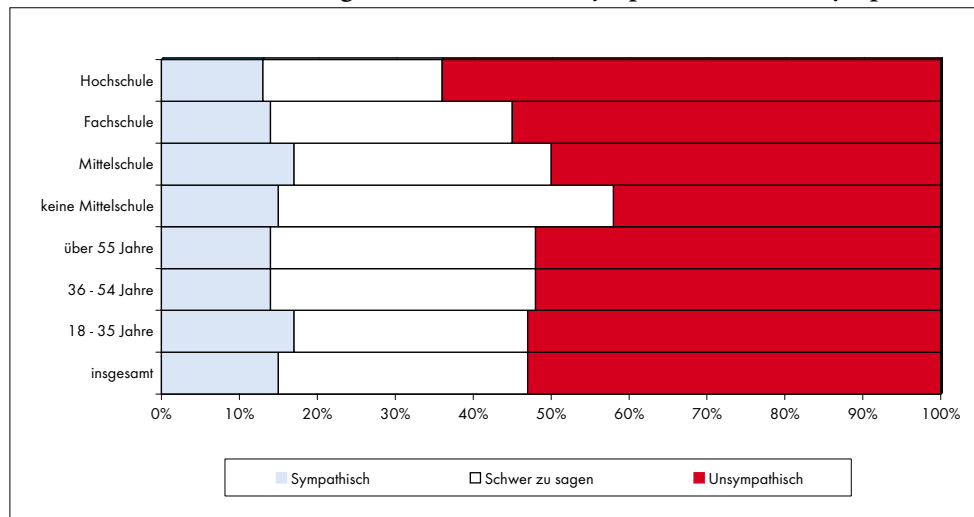
Umfrage vom 23.-24. Oktober 2004 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0443.zip>>

Vor den Wahlen in den USA

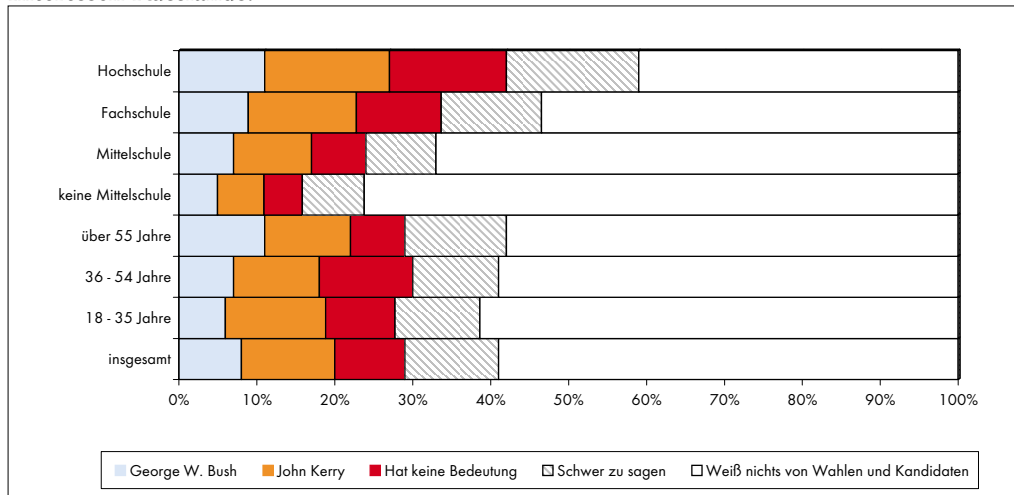
Spielen die USA in der Welt von heute eher eine positive oder eine negative Rolle?



Ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?



Was meinen Sie, ist für Russland wichtig, wer gewinnt? Welcher Kandidat entspricht am ehesten den Interessen Russlands?



Vor den Wahlen in den USA

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	37%	35%	28%	14%	35%	35%	15%

Manche meinen, dass die USA in der Welt von heute eher eine positive Rolle spielt. Andere vertreten die Ansicht, dass die USA eher eine negative Rolle spielt. Welcher Standpunkt ist eher der Ihre?

Der erste	20%	24%	20%	13%	17%	20%	18%	26%
Der zweite	55%	51%	56%	59%	48%	54%	60%	54%
Schwer zu sagen	25%	25%	24%	28%	35%	26%	22%	20%

Sagen Sie bitte, wie ist Ihre Einstellung zu Amerika?

Gut	29%	31%	32%	23%	12%	30%	29%	42%
Gleichgültig	49%	51%	46%	51%	57%	51%	49%	36%
Schlecht	16%	14%	16%	20%	19%	15%	17%	16%
Schwer zu sagen	6%	5%	7%	6%	11%	5%	5%	6%

Sagen Sie bitte, ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?

Sympathisch	15%	17%	14%	14%	15%	17%	14%	13%
Unsympathisch	53%	53%	52%	52%	42%	50%	55%	64%
Schwer zu sagen	32%	30%	34%	34%	43%	33%	31%	23%

Kennen Sie die Namen der Kandidaten für die US-Präsidentschaft? Wenn ja, nennen Sie sie bitte (Antworten derer, die von den baldigen Wahlen wissen)

Richtige Antwort (George W. Bush, John Kerry)	40%	38%	41%	42%	23%	33%	47%	59%
Falsche Antwort	5%	5%	6%	5%	7%	7%	4%	4%
Weiß nicht, schwer zu sagen	33%	32%	35%	34%	40%	36%	31%	26%
Weiß nichts von den Wahlen	21%	25%	18%	19%	30%	24%	19%	11%

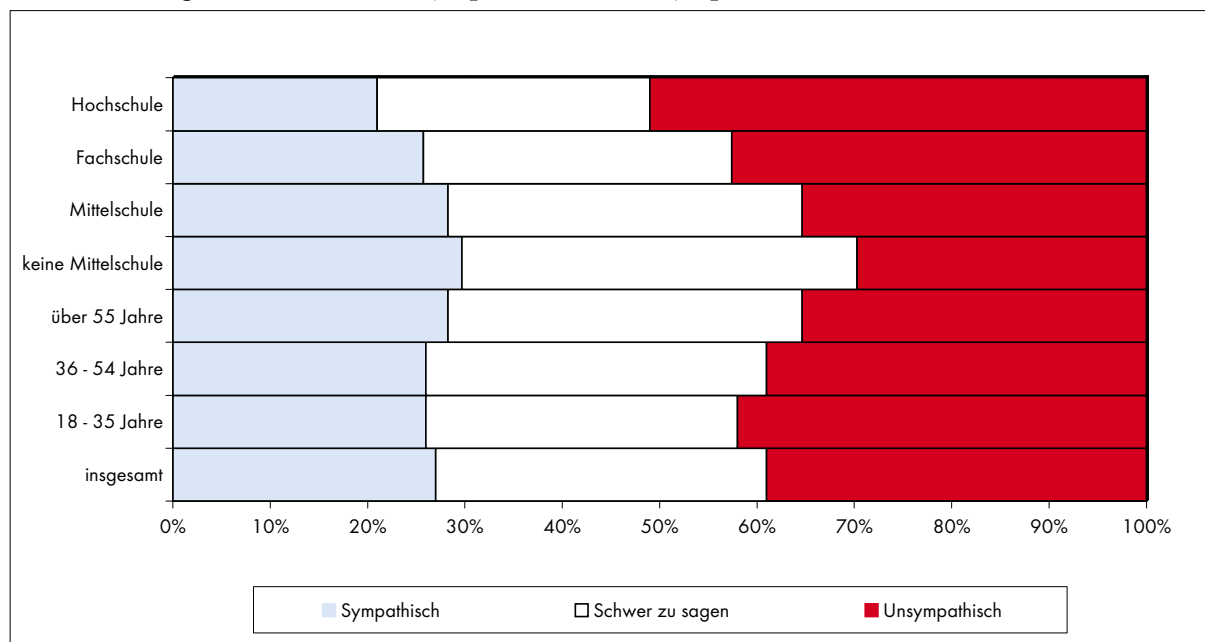
Was meinen Sie, ist für Russland wichtig, wer von den beiden Kandidaten gewinnt? Und wenn ja, welcher Kandidat entspricht am ehesten den Interessen Russlands – George W. Bush oder John Kerry (Antworten derer, die die Namen der Kandidaten richtig genannt haben)

Hat keine Bedeutung	9%	9%	12%	7%	5%	7%	11%	15%
George W. Bush	8%	6%	7%	11%	5%	7%	9%	11%
John Kerry	12%	13%	11%	11%	6%	10%	14%	16%
Schwer zu sagen	12%	11%	11%	13%	8%	9%	13%	17%
Weiß nichts von Wahlen und Kandidaten	59%	62%	59%	58%	77%	67%	54%	41%

Umfrage vom 6.–7. November 2004 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0445.zip>>

Nach den Wahlen in den USA

Ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?



	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	37%	29%	18%	34%	36%	12%

Bei den Präsidentenwahlen in den USA hat sich George Bush durchgesetzt. Was meinen Sie, was wäre für Russland besser gewesen: der Sieg von Georg Bush oder der von John Kerry?

George Bush	26%	24%	26%	28%	22%	24%	27%	30%
Ist für Russland unwichtig	22%	25%	23%	18%	20%	24%	23%	20%
John Kerry	11%	13%	9%	9%	7%	10%	12%	14%
Schwer zu sagen	42%	39%	42%	45%	51%	42%	38%	37%

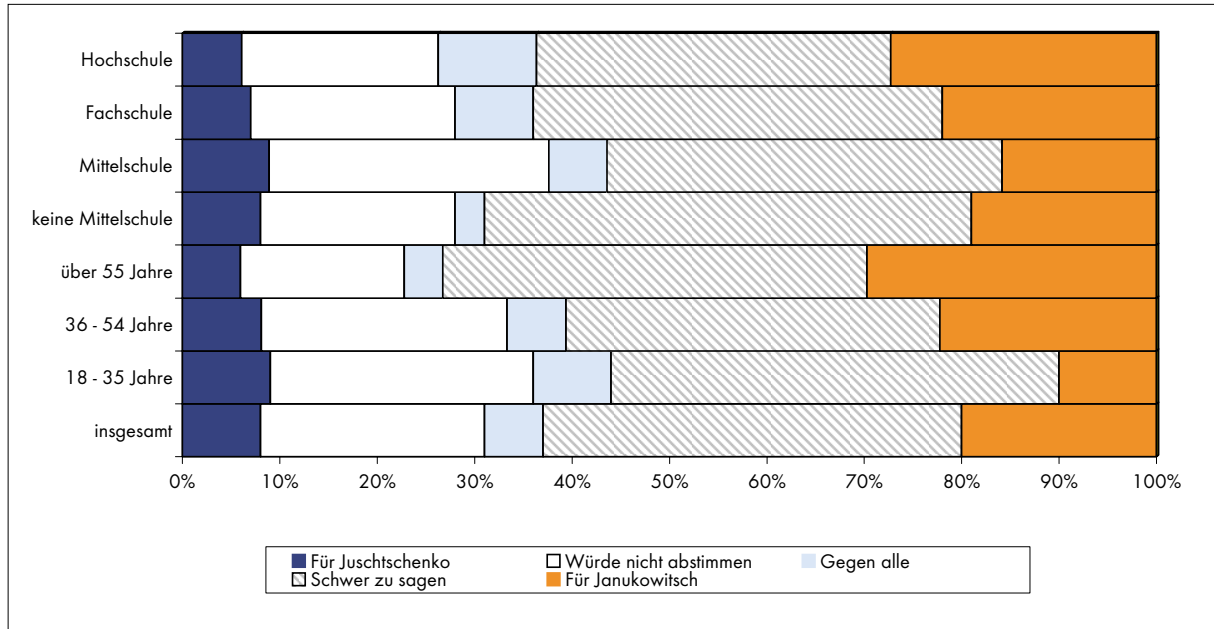
Sagen Sie bitte, ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?

Sympathisch	27%	26%	26%	28%	30%	28%	26%	21%
Unsympathisch	39%	42%	39%	35%	30%	35%	43%	51%
Schwer zu sagen	34%	32%	35%	36%	41%	36%	32%	28%

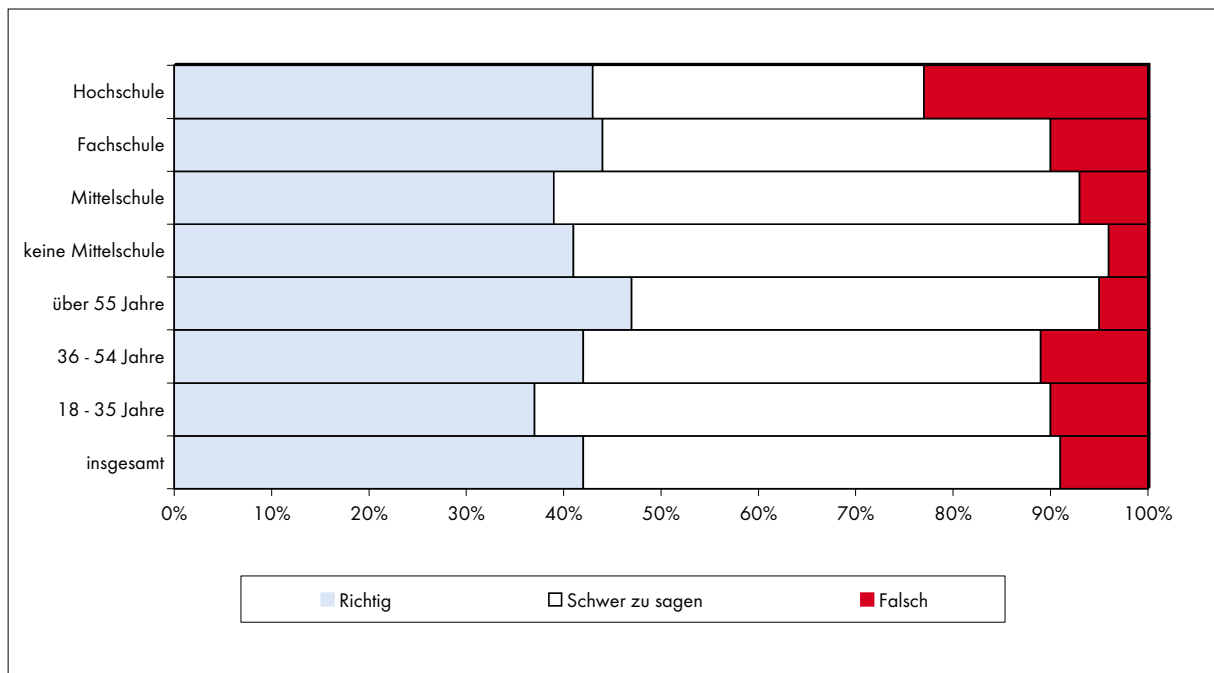
Umfrage vom 13.-14. November 2004 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0446.zip>>

Ukraine: Zwischen den Wahlgängen

Im zweiten Wahlgang treten Juschtschenko und Janukowitsch an.
Für welchen der Kandidaten würden Sie stimmen?



War es richtig oder falsch, dass Putin wenige Tage vor den Wahlen im ukrainischen Fernsehen auftrat?



Ukraine: Zwischen den Wahlgängen

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	38%	28%	20%	34%	36%	11%

Interessiert Sie der Wahlkampf in der Ukraine oder nicht?

Interessiert mich	33%	22%	35%	43%	29%	28%	35%	46%
Interessiert mich nicht	60%	72%	58%	48%	61%	67%	57%	49%
Schwer zu sagen	7%	6%	7%	9%	10%	5%	8%	5%

Am 31. Oktober hat in der Ukraine der erste Wahlgang der Präsidentenwahlen stattgefunden. In den zweiten Wahlgang sind Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch gelangt. Sagen Sie bitte, für welchen der Kandidaten würden Sie stimmen?

Für Juschtschenko	8%	9%	8%	6%	8%	9%	7%	6%
Für Janukowitsch	20%	10%	22%	30%	19%	16%	22%	27%
Gegen alle	6%	8%	6%	4%	3%	6%	8%	10%
Würde nicht abstimmen	23%	27%	25%	17%	20%	29%	21%	20%
Schwer zu sagen	43%	46%	38%	44%	50%	41%	42%	36%

Wie soll sich Ihrer Meinung nach die russische Führung verhalten: einen von beiden Kandidaten unterstützen oder eine neutral Position einnehmen?

Einen von beiden unterstützen	24%	22%	22%	31%	25%	24%	24%	25%
Sich neutral verhalten	50%	51%	56%	40%	39%	53%	50%	56%
Schwer zu sagen	26%	28%	23%	28%	37%	22%	26%	19%

Und wie agiert Ihrer Meinung nach die russische Führung: Unterstützt sie Juschtschenko oder Janukowitsch oder verhält sie sich neutral?

Unterstützt Juschtschenko	5%	3%	6%	4%	4%	4%	5%	5%
Unterstützt Janukowitsch	20%	13%	20%	27%	16%	15%	23%	30%
Verhält sich neutral	19%	21%	21%	14%	15%	22%	19%	16%
Schwer zu sagen	57%	64%	52%	55%	64%	59%	53%	48%

War es richtig oder falsch, dass Putin wenige Tage vor den Wahlen im ukrainischen Fernsehen auftrat?

Richtig	42%	37%	42%	47%	41%	39%	44%	43%
Falsch	9%	10%	11%	5%	4%	7%	10%	23%
Schwer zu sagen	49%	53%	47%	48%	55%	54%	46%	34%

Umfrage vom 6.–7. November 2004 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0445.zip>>

Kommentar

Russische Einflussnahme bei den ukrainischen Präsidentenwahlen

Christoph Saurenbach

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ist für Russland und die Zukunft des „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ von erheblicher Bedeutung. Dabei zog die russische Führung den als pro-russisch geltenden Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch dem Oppositionskandidaten Wiktor Juschtschenko gegenüber vor und nahm keinen Anstand, in den ukrainischen Wahlkampf einzugreifen. Dies tat sie auf drei Ebenen:

Längerfristig angelegt war die *polittechnologisch-mediale Unterstützung* für den amtierenden ukrainischen Ministerpräsidenten. Schon mehrere Monate vor der Wahl arbeiteten putinnahe russische „Polittechnolog“en“, allen voran der einflussreiche Gleb Pawlowski, als PR-Berater und Wahlkampfmanager im Team Janukowitschs. In ihrer Medienarbeit wird der Oppositionskandidat Wiktor Juschtschenko als ukrainischer Nationalist, Vasall Amerikas und Feind Russlands dargestellt, Janukowitsch hingegen als erfolgreicher Regierungschef, der als Präsident die bilateralen Beziehungen zu Russland stärken wird. In diesen Zusammenhang gehören auch die überraschenden Versprechungen, die Janukowitsch wenige Wochen vor der Wahl machte, Russisch neben Ukrainisch zur Amtssprache zu machen und die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen.

Daneben ist die *finanziell-logistische Unterstützung* Russlands für Janukowitschs Wahlkampf von erheblicher Bedeutung. Verschiedenen Quellen zufolge wurde die Hälfte seines 600 Millionen Dollar umfassenden Wahlkampfbudgets auf Anweisung der Putin-Administration von russischen Firmen bereitgestellt, wobei allein der halbstaatliche russische Erdgaskonzern Gazprom 200 Millionen Dollar aufbrachte. Aktive Wahlkampfhilfe wurde auch in Russland selbst geleistet, etwa in Form von Wahlwerbung auf Moskaus Straßen oder extrem einseitiger Berichterstattung russischer Fernsehsender über den ukrainischen Wahlkampf. In Russland leben etwa drei Millionen Ukrainer, deren Votum letztlich ausschlaggebend sein könnte.

Am meisten Aufmerksamkeit zog die *Parteinahme führender russischer Politiker* für Janukowitsch auf sich. Es versteht sich praktisch von selbst, dass Rechtspopulist Schirinowski in Kiew Wahlkampf betrieb. Auch Sjuganow, der Vorsitzende der russischen KP, rief – anders als der Führer der ukrainischen KP, Simonenko – zur Wahl von Janukowitsch auf. All das ver-

blasste jedoch gegenüber dem offenen Engagement des russischen Präsidenten im ukrainischen Wahlkampf. Zunächst lud Putin seine „Freunde“ Kutschma und Janukowitsch anlässlich seines Geburtstages und vor versammelter Presse in seine Residenz weit von Moskau ein, dann reiste er selbst nur wenige Tage vor dem ersten Wahlgang nach Kiew. Während des dreitägigen Aufenthalts in Kiew wich Janukowitsch selten von Putins Seite, ob bei dem Besuch eines Konzerts oder bei der Abnahme einer (aus leicht einsehbaren Gründen um einige Tage vorverlegten) Militärparade zur Befreiung Kiews im von deutscher Besatzung im Jahre 1944. Der Höhepunkt des persönlichen Engagements Putins war ein mehrstündiges Live-Interview, das auf drei ukrainischen Fernsehkanälen ausgestrahlt wurde und in dem Putin die Leistungen der ukrainischen Regierung und die hervorragenden bilateralen Beziehungen lobte. Selbst die russische Staatsduma wurde für Wahlkampfzwecke eingespannt: Noch vor der Stichwahl wurden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für ukrainische Staatsbürger erleichtert und die Grundlage für ein bilaterales Übereinkommen zur doppelten Staatsbürgerschaft gelegt.

Ob die Parteinahme der Putinschen Führung wirklich den Wahlausgang beeinflusste, bleibt zweifelhaft. Selbst der kremlnahe Analytiker Sergej Markow gab nach den für Moskau enttäuschenden Ergebnissen der ersten Runde zu, dass die offensichtliche Unterstützung Russlands für Janukowitsch zu einer Übersättigung der ukrainischen Wähler geführt haben könnte und letztlich der Eindruck entstanden sei, den Ukrainern werde das Wahlverhalten von außen vorgeschrieben.

So agierte der Präsident nach den Ergebnissen des ersten Wahlgangs merklich vorsichtiger. Zwar traf sich Putin Anfang November erneut mit Leonid Kutschma und wünschte Janukowitsch am Rande des Treffens viel Erfolg, doch fand das Treffen praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch der ehemalige russische Ministerpräsident und jetzige Botschafter Russlands in der Ukraine, Wiktor Tschernomyrdin, sagte voraus, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit einem Präsidenten Juschtschenko möglich sei.

In der Tat ist die einseitige Parteinahme für Juschtschenko schwer verständlich. Das oft kolportierte Stereotyp eines pro-europäischen, in der Westukraine verwurzelten Juschtschenko und eines pro-russischen

Janukowitsch ist falsch. Janukowitschs politische Heimat ist zwar das Donezbecken, wo Russland positiver gesehen wird als in anderen Teilen der Ukraine, doch haben er und mit ihm verbündete Oligarchen in der Vergangenheit aus eigenen Geschäftsinteressen oft russische Unternehmer behindert. Hingegen stieg unter Juschtschenko als Premier (Dezember 1999 bis Mai 2001) der Umfang russischer Investitionen erheblich

an, und russische Unternehmen beteiligten sich mit hohen Beträgen an der Privatisierung ukrainischer Betriebe. Eine radikale Abkehr von Russland ist auf Grund der engen kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Staaten ohnehin nicht zu erwarten.

Über den Autor

Christoph Saurenbach ist Stipendiat des Stiftungskollegs für internationale Aufgaben, das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird.

Umfrage

Russland und die Welt: Wechselseitige Wahrnehmungen

Ergebnisse einer internationalen Umfrage von ROMIR und Gallup

Russland in der Weltmeinung und die russische Meinung über die Welt

	Sehr positiv	Ziemlich positiv	Neutral	Ziemlich negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen
--	--------------	------------------	---------	------------------	--------------	-----------------

In Russland:

Wie ist Ihre Einstellung zu ...?

USA	9%	21%	34%	23%	12%	1%
Kanada	13%	35%	48%	3%	1%	0%
Frankreich	16%	40%	41%	2%	1%	0%
Großbritannien	12%	33%	47%	5%	2%	1%
Italien	13%	35%	46%	3%	1%	2%
Deutschland	15%	37%	39%	6%	2%	1%
Japan	15%	32%	42%	7%	3%	1%

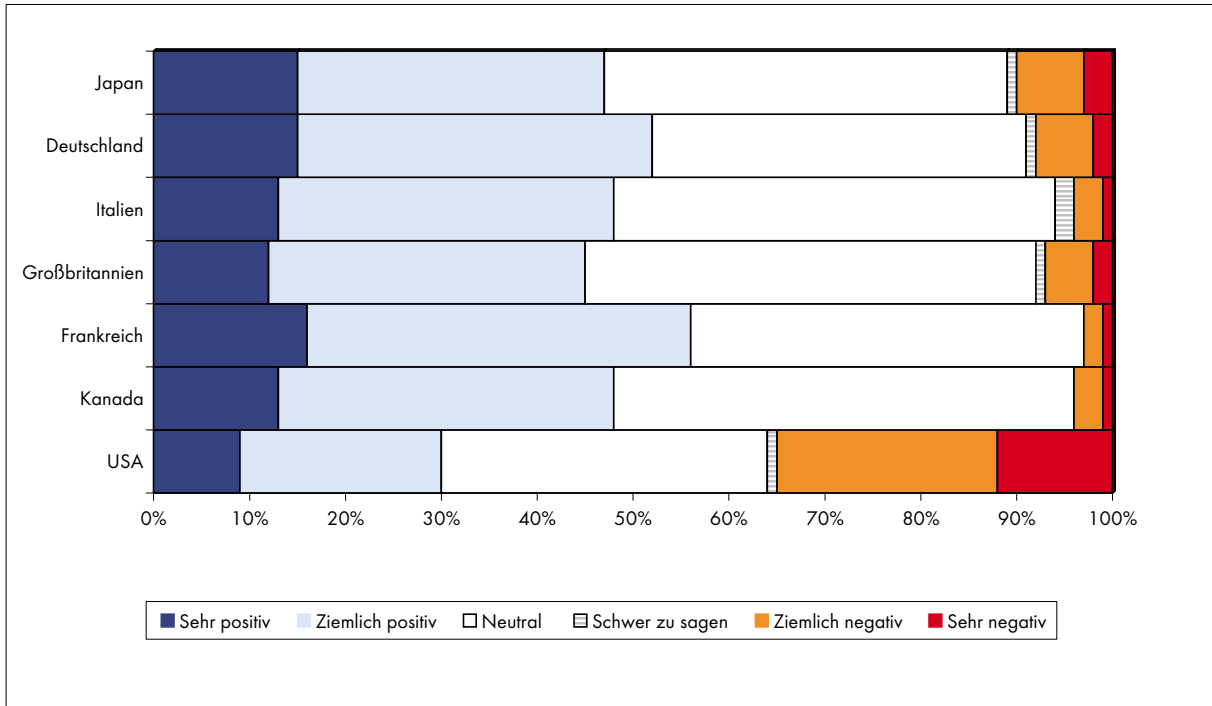
Im Ausland:

Wie ist Ihre Einstellung zu Russland?

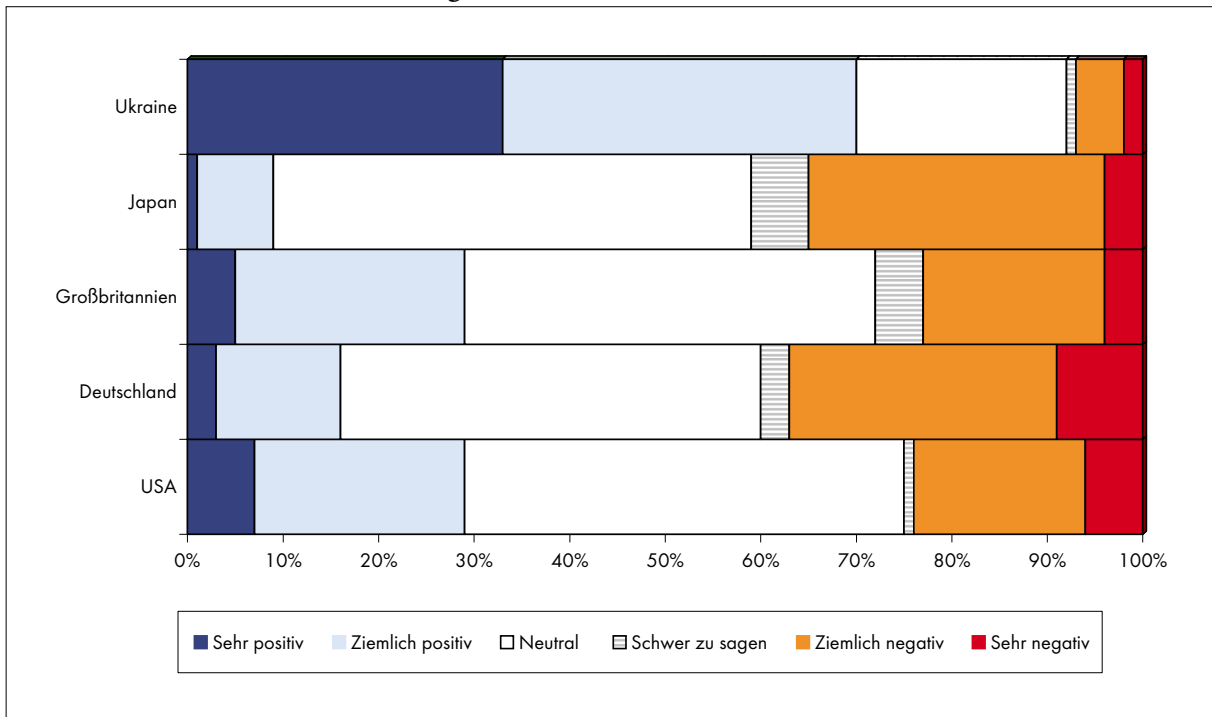
USA	7%	22%	46%	18%	6%	1%
Deutschland	3%	13%	44%	28%	9%	3%
Großbritannien	5%	24%	43%	19%	4%	5%
Japan	1%	8%	50%	31%	4%	6%
Ukraine	33%	37%	22%	5%	2%	1%

Quelle: http://www.romir.ru/socpolit/socio/10_2004/russia.htm

Die russische Meinung über die G7-Staaten



Die internationale öffentliche Meinung über Russland?



Chronik

Vom 19. bis zum 25. November 2004

19.11.2004	Die Regierung gibt bekannt, dass Juganskneftegaz am 19. Dezember verkauft wird. Der Verkauf erfolgt im Rahmen einer Auktion. Das Mindestgebot beträgt 8,6 Mrd. US\$. Die Investitionsbank „Dresdner Kleinwort Wasserstein“ hatte den Wert des Unternehmens mit 15,7–17,3 Mrd. US\$ angesetzt. Der Jukos-Vorsitzende Steven Theede bezeichnet das Vorhaben als „staatlich organisierten Diebstahl“.
19.11.2004	Im Fall des Mordes an dem US-Journalisten Paul Khlebnikov wird ein 40-jähriger Mann aus dem tschetschenischen Urus-Martan in Untersuchungshaft genommen.
20.11.2004	Putin nimmt am Gipfeltreffen der „Asia-Pacific Economic Cooperation“ (APEC) in Santiago de Chile teil.
21.11.2004	Der japanische Ministerpräsident Junichiro Koizumi und Präsident Putin treffen nach Abschluss des Asien-Pazifik-Gipfels zusammen. In den Gesprächen wird die Frage der Kurilen-Inseln und die Möglichkeiten eines Friedensvertrages erörtert. Ein weiteres Thema ist die Situation in Nordkorea.
22.11.2004	Putin gratuliert dem ukrainischen Ministerpräsidenten Janukowitsch zum Sieg bei den Präsidentenwahlen. Putin bezeichnet den Wahlkampf als offen und ehrlich, den Sieg als überzeugend.
22.11.2004	Der deutsche Bundeskanzler Schröder erklärt in der ARD-Sendung „Beckmann“ auf die Frage, ob Putin ein „lupenreiner Demokrat“ sei: „Ja, ich bin überzeugt, dass er das ist.“
22.11.2004	Putin erörtert in Brasilien mit seinem brasilianischen Amtskollegen Luiz Inacio Lula da Silva Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere im Wirtschafts- und Rüstungsbereich.
23.11.2004	Staatsbesuch Putins in Portugal.
23.11.2004	Auf einer Pressekonferenz in Lissabon erklärt Putin, dass Russland die Wahlen in der Ukraine weder anerkenne noch gegen sie protestiere, da es bisher keine offiziellen Ergebnisse gebe. Er gesteht ein, dass seine Gratulation für Janukowitsch verfrüht gewesen sei.
23.11.2004	Belgien verweigert Vertreterinnen des Komitees der Soldatenmütter, die sich mit Achmed Sakajew, dem Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Maschadow, treffen wollen, das Visum. Der belgische Botschafter in Moskau erklärt, Sakajew, der auf den Suchlisten von Interpol stehe, werde bei der Einreise nach Belgien verhaftet.
23.11.2004	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erörtert in Ramallah mit dem palästinensischen Führer Mahmud Abbas Lösungsmöglichkeiten für den palästinensisch-israelischen Konflikt.
23.11.2004	Das Bezirksgericht in Krasnojarsk verurteilt den Physiker Valentin Danilow wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu 14 Jahren Freiheitsentzug in einer Strafkolonie „mit strengem Regime“. Der Physiker hatte im Namen der Krasnojarsker Staatsuniversität mit einer chinesischen Außenhandelsfirma einen Vertrag über Raumfahrttechnologie geschlossen. Ende Dezember 2003 war Danilow in einem ersten Prozess freigesprochen worden.
23.11.2004	Die Duma ratifiziert das internationale Abkommen zum Verbot besonders gefährlicher Landminen aus dem Jahre 1996. Es untersagt unter anderem den Einsatz solcher Minen, die nicht aufgespürt werden können. Der Ottawa-Konvention der Vereinten Nationen, dem 1999 in Kraft getretenen Vertrag über ein generelles Verbot von Landminen, ist Russland nicht beigetreten.
24.11.2004	Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt eine Datscha, die der Tochter des Finanzmagnaten Boris Beresowski gehört. Beresowski hält sich seit mehreren Jahren im Ausland auf, da in Russland gegen ihn ein Untersuchungsverfahren wegen Betrugs läuft.
24.11.2004	Die Duma verabschiedet in dritter Lesung den Haushalt 2005 mit 339 gegen 85 Stimmen. Die Staatsausgaben sollen danach 3,04 Billionen Rubel betragen, die Staatseinnahmen 3,32 Billionen. Die jährliche Inflationsrate wird mit 7,5–8,5% angenommen.
25.11.2004	EU-Russland-Gipfel in Den Haag. Ein Thema der Gespräche ist die Lage in der Ukraine.
25.11.2004	Zwei Zwillingenbrüder desertieren nachts aus ihrem Truppenteil, erschießen zwei Milizionäre und verschanzen sich mit Geiseln in einem Haus in der Nähe von Moskau. Die Deserteure werden von Spezialeinheiten überwältigt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de